

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.08.2021

Inhalt

EWN

1 Erster Trailer für Serie „Blackout“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 28.08.2021</i>	3
2 Fahrt zum KKW-Gelände <i>Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt, 28.08.2021</i>	4
3 Unternehmen in MV bleiben auf Quarantänehilfen sitzen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 30.08.2021</i>	5
4 Sonderwege beim Atommüll <i>die tageszeitung, 30.08.2021</i>	6
5 Video über Würgassen <i>Sollinger Allgemeine, 30.08.2021</i>	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 28.08.2021 | S. 3

📄 Auflage: 29.748 | Reichweite: 71.950

Erster Trailer für Serie „Blackout“

Der Streaminganbieter Joyn hat einen ersten *Trailer* der Bestseller-Verfilmung „*Blackout*“ veröffentlicht. Die sechsteilige deutsche *Serie* mit Stars wie Moritz Bleibtreu, Heiner Lauterbach, Jessica Schwarz und Herbert Knaup handelt von einem gigantischen Stromausfall in ganz Europa. Im *Trailer* versinkt Berlin

erst in Dunkelheit und dann im Chaos. Die Thrillerserie basiert auf dem Millionen-Bestseller von Marc Elsberg. „*Blackout*“ ist ab dem 14. Oktober dieses Jahres exklusiv bei Joyn Plus+ zu sehen. Die Free-TV-Ausstrahlung der *Serie* wird im Frühjahr 2022 folgen.

📰 Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt | 28.08.2021 | S. 17

📄 Auflage: 4.386 | Reichweite: 13.540

Fahrt zum KKW-Gelände

Das Rheinsberger Eisenbahnmuseum zeigt am Sonnabend, 28. August, seine Schätze. Der Tag der offenen Tür findet von 10 bis 17 Uhr statt. Die Niederbarnimer Eisenbahn bietet an diesem Tag um 13.25 Uhr eine Sonderfahrt mit einem Triebwagen zum Bahnhof

des Kernkraftwerks am Stechlinsee an, auf der Strecke also, die normalerweise für den Personenverkehr gesperrt ist. Nach einem kurzen Aufenthalt am KKW geht es wieder zurück nach Rheinsberg.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 30.08.2021 | S. 1

 Auflage: 29.748 | Reichweite: 71.950

 Michaela Krohn

WIRTSCHAFT IN CORONA-KRISE

Unternehmen in MV bleiben auf Quarantänehilfen sitzen

Antragsflut überfordert Behörden / Ungeimpfte gehen bald leer aus

Einen riesigen Antragsstau gibt es bei den Quarantänehilfen des Landes für Unternehmen in MV. Von Januar bis Anfang August gingen 21 550 Anträge beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lagus) ein. Arbeitgeber können Entschädigungen erhalten, wenn Mitarbeiter vom Gesundheitsamt in Quarantäne geschickt wurden.

„Aufgrund des hohen Antragsvolumens und des hohen Prüfungsaufwandes kann die Antragsbearbeitung ein bis sieben Monate dauern“, teilt Lagus-Sprecherin Anja Neutzling mit. Bislang wurden insgesamt knapp vier Millionen Euro an Quarantänehilfen für Beschäftigte und Selbstständige ausgereicht, davon allein drei Millionen Euro in diesem Jahr.

Die Einzelbeträge reichen von 50 bis 4000 Euro, im Schnitt sind es 1000 Euro. Müssen Beschäftigte nach einer Ferienreise aufgrund der geltenden Corona-Regelungen in Quarantäne, haben sie Anspruch auf Lohnfortzahlung. „Diese wird vom Lagus erstattet“, erklärt Sozialministerin Stefanie Drese (SPD). Für Urlaubsrückkehrer, die ungeimpft aus einem Risikogebiet zurückkommen, besteht allerdings kein Anspruch auf die Entschädigung. Das könnte bald für alle gelten, die ein Impfangebot bislang ausgeschlagen haben.

Wenn der Bund nicht zu einer Entscheidung kommt, werde das Land für **Mecklenburg-Vorpommern** entsprechende Regelungen festlegen, heißt es in Schwerin. Drese: „Die Landesregierung wird auf jeden Fall darüber rechtzeitig informieren, wann ein vollständig

möglicher Impfschutz für alle Impfwilligen anzunehmen ist. Wir werben gerade noch einmal verstärkt bei den 18- bis 59-jährigen, die Impfangebote wahrzunehmen.“ Nach Abschluss der Kampagne soll es eine Übergangsfrist von mindestens zwei Monaten geben.

Unternehmen haben dabei ein weiteres Problem: Sie dürfen Beschäftigte nicht nach deren Impfstatus fragen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sagt in dieser Frage ganz klar: „Der Arbeitgeber hat in der Regel kein Auskunftsrecht über den Impfstatus der Beschäftigten und diese wiederum keine Auskunfts-pflicht gegenüber dem Arbeitgeber.“

Die Beraterfirma Ecovis, die auch in MV Anwaltskanzleien betreibt, rät ihren Mandanten zu einem drastischen Vorgehen: „Sollten sich Ihre Arbeitnehmer weigern, empfehlen wir Ihnen, keine Zahlungen für den Verdienstaustausch zu leisten.“

Der Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg, der seine Mitglieder für die OZ zu ihren Erfahrungen mit den Entschädigungsanträgen befragt hat, sieht große Probleme für Arbeitgeber in MV: „Die Bearbeitungszeiten sind extrem lang. Das kann bei vielen Unternehmen für große Liquiditätsprobleme sorgen“, sagt Verbandsgeschäftsführer Ulf Mauderer.

Der Vorgang der Erstattung müsse anders gelöst werden. „Es kann nicht sein, dass Unternehmen unverschuldet in eine Schieflage geraten“, so Mauderer. Viele Unternehmen warteten monatelang überhaupt auf eine Bearbeitungsbestätigung ihrer Anträge.



die tageszeitung | 30.08.2021 | S. 8

Auflage: 53.138 | Reichweite: 321.255

Bernhard Pötter

Sonderwege beim Atommüll

Hannover plant ein eigenes Gutachten für den Standort eines Atom-Endlagers. Auch Bayern und Sachsen zeigen Skepsis

Bei der Suche nach einem deutschen Endlager für den **Atommüll** hat das Land Niedersachsen einen Sonderweg angekündigt. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will neben der bundesweiten Standortsuche durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**) ein eigenes geologisches Gutachten in Auftrag geben, um den Boden in Niedersachsen gesondert auf die Eignung als Standort untersuchen zu lassen. Das bestätigte ein Sprecher des Umweltministeriums in Hannover gegenüber der taz.

„Das Gutachten soll im Herbst ausgeschrieben werden, wir erwarten Ergebnisse im Frühjahr 2022“, heißt es aus dem Ministerium. „Die Ergebnisse werden öffentlich zugänglich sein und sollen eine bessere Datengrundlage für den Beteiligungsprozess liefern.“ Zusätzlich zu den Informationsveranstaltungen der **BGE** will Niedersachsen weitere BürgerInnen-Treffen sowie Gutachten mit 500.000 Euro finanzieren.

Damit reagiert Niedersachsen auf den ersten „Zwischenbericht Teilgebiete“ der **BGE**, der im September 2020 vorgestellt wurde. Darin hatte die Behörde in einem ersten Ausschlussverfahren etwa die Hälfte Deutschlands als geologisch potenziell mögliche Lagerstätte ausgewiesen. Sowohl Ton-, Salz- als auch Granitgestein wurden berücksichtigt, nun beginnt die ernsthafte Suche nach Standortregionen.

10.500 Tonnen Atommüll

Es geht um ein zentrales Endlager für die etwa 10.500 Tonnen hochradioaktiven Müll aus den deutschen **Atomkraftwerken**, das nach bisherigen Planungen bis 2050 stehen soll. 2031 sollen Bundestag und Bundesrat einen Standort beschließen. Die Suche organisiert die **BGE**, die Genehmigungen müssen vom Bundesamt für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** kommen.

Im **BGE**-Zwischenbericht wurden Weichen für Niedersachsen gestellt: Einerseits wurde der seit Jahrzehnten umkämpfte Standort Gorleben aus geologischen Gründen ausgeschlossen. Andererseits gelten jetzt etwa 80 Prozent des Landes als potenziell geeignet für die **Atomlagerung**, heißt es in Hannover. Das Land sieht sich durch Standorte wie Gorleben, Schacht Konrad, Asse und Würgassen ohnehin schon schwer mit dem **nuklearen** Erbe belastet.

Das zuständige **BASE** ist von der Ankündigung aus Hannover nicht begeistert. Ihr Sprecher Christoph Hamann erklärte: „Die Endlagerkommission hat die grundlegenden Fragen zu den möglichen Wirtsgesteinen beantwortet. Somit bedarf es aus Sicht der Aufsicht keiner derartigen Gutachten. Zu den jeweils konkreten Bewertungen einzelner Gebiete kann das Land seine geologische Expertise in das laufende Verfahren bei der **BGE** einbringen.“

Jo Leinen, ehemaliger SPD-Umweltminister im Saarland und Mitglied im „Nationalen Begleitgremium“, das bei der Suche die Öffentlichkeit präsentiert, hat einerseits „Verständnis für den politischen Druck in Ländern wie Niedersachsen und Bayern, die mit großen potenziellen Flächen im Bericht stehen“. Er warnt aber davor, dass politischer Druck dazu führen könnte, dass sich Fachbehörden widersprechen. „Das würde das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Prozess aufs Spiel setzen, wenn die Suche vor Ort durch föderalen Egoismus zerfleddert wird.“

Niedersachsen ist nicht allein im Widerstand. Sachsen hat widersprochen und Bayern den „Zwischenbericht“ wegen angeblicher Fehler kritisiert. Und schon vor dem **BGE**-Gutachten schrieben CSU und Freie Wähler in ihren Koalitionsvertrag, das bayerische Gestein sei für ein **Atomendlager** nicht geeignet.

Video über Würgassen

Gesellschaft für Zwischenlagerung wirbt

Würgassen - Die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (**BGZ**) hat ein neues Werbevideo für das **Endlager Konrad** und das umstrittene **Atommüll-zwischenlager** in Würgassen veröffentlicht.

Der achtminütige Film beleuchtet den Weg vom Beschluss zum **Atomausstieg** hin zur geordneten Endlagerung von schwach- und mittelradioaktivem **Atom-müll**. Dabei kommen Vertreter aus Politik und Wirtschaft zu Wort, auch das technische Verfahren und die logistischen Probleme bei der Sortierung des **Atom-mülls** wegen fehlender Pufferlager werden angespro-

chen.

Die **BGZ** kommt in ihrem Film zum Fazit, dass das Zwischenlager bei Würgassen, das 30 Jahre genutzt werden und Platz für 15 000 Behälter bieten soll, 'die einzige Möglichkeit für den Umgang mit den **Atomabfällen**' sei.

Gegen den Standort Würgassen regt sich erheblicher Widerstand. Der Film steht ab sofort im Downloadbereich auf bgz.de und auf Youtube unter [zu.hna.de/-film2808](https://www.youtube.com/watch?v=zu.hna.de/-film2808) zur Verfügung.